

„Eine komplett negative Note“

Dinkelsbühler OB Hammer kritisiert Entscheidung des Kultusministeriums, an der Wirtschaftsschule nur eine fünfte Klasse einzurichten

VON MARTINA HAAS

DINKELSBÜHL - Der Dinkelsbühler Oberbürgermeister ist unzufrieden. Und zwar mit dem Bayerischen Kultusministerium. Dieses erlaubt nämlich nur eine Klasse für die Erprobung der fünften Jahrgangsstufe an der Staatlichen Wirtschaftsschule. Deshalb schrieb OB Dr. Christoph Hammer jetzt an Staatsministerin Anna Stolz einen Brief.

Für Eltern und ihre Kinder aus der Stadt und in der Region fehlte bisher die Möglichkeit, nach der vierten Klasse einen Anschluss an die Wirtschaftsschule zu finden. Viele Kinder mussten daher zunächst für ein „Übergangsjahr“ an eine andere Schulart wechseln. Aktuell ein Wermutstropfen für die Dinkelsbühler Einrichtung: Zunächst darf im Schulversuch nur eine Klasse gebildet werden.

Anmeldungen ab 6. Mai möglich

Sollte die Zahl der Anmeldungen im Zeitraum vom 6. bis zum 10. Mai das vorhandene Angebot an Plätzen übersteigen, müsste ausgewählt werden. Nach welchen Kriterien dies geschehen soll, ist bisher laut Auskunft der Schule noch nicht bekannt.

Der Dinkelsbühler Rathauschef will sich mit dieser Situation jedenfalls nicht abfinden. In seinem Schreiben an Kultusministerin Stolz verweist er auf Informationsveranstaltungen zur neuen fünften Jahr-



Die Staatliche Wirtschaftsschule in Dinkelsbühl kann im kommenden Schuljahr erstmals eine fünfte Klasse bilden. Offen ist, ob alle angemeldeten Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden können. Foto: Ben Kreiner

gangsstufe: An die 400 Menschen hätten daran teilgenommen, so Hammer. Daran macht er in seinem Brief „die Bedeutung der Wirtschaftsschule“ fest.

Gerechnet werde in Dinkelsbühl mit 50 bis 60 Anmeldungen, mehr Kinder also, als eine Klasse aufnehmen könnte. Nur etwa jeder oder jede Zweite könne aufgenommen werden, befürchtet der Oberbürgermeister, sollte das Kultusministerium in

München an seiner Entscheidung festhalten.

Deren Sinn sei überdies nicht nachvollziehbar: Die Realschule in Feuchtwangen verfüge über „sehr viele Schülerinnen und Schüler“, ist Hammer überzeugt, „und eine gesicherte Existenz“. Allenfalls wäre eine Auswirkung auf die Werkrealschule im baden-württembergischen Unterschneidheim denkbar. Auch dorthin fahren Dinkelsbühler Kinder und Ju-

gendliche. Verbunden sei das allerdings mit einer langen Busfahrt.

Im Brief an die Ministerin beruft sich der Dinkelsbühler Oberbürgermeister auch auf die Schulleitung des Dinkelsbühler Gymnasiums. Diese begrüße den Beginn an der Wirtschaftsschule ab der fünften Jahrgangsstufe „ausdrücklich“, da die späteren Wechsel entfielen und dies zu mehr Planungssicherheit am Gymnasium führe.

Durch die Entscheidung des Kultusministeriums werde es aber für die nicht aufgenommenen Kinder auch künftig dabei bleiben: Nach der Grundschule und einem Jahr der Überbrückung an einer anderen Schule müssten sie wieder wechseln, um schließlich mit der Ausbildung an der Wirtschaftsschule zu starten.

Für Hammer macht das „keinerlei Sinn“, wie er sich in seinem Brief ausdrückt. Das Ganze sei nur mit „völlig überflüssigen und für die Schülerinnen und Schüler sowie Eltern unnötigen Strapazen verbunden“, findet der OB deutliche Worte. „Die in der gesamten Stadt Dinkelsbühl so positiv aufgenommene Entscheidung des Ministeriums bekommt dadurch eine komplett negative Note“, kritisiert Hammer.

An den räumlichen Gegebenheiten würde es jedenfalls nicht scheitern, alle angemeldeten Kinder in der fünften Jahrgangsstufe aufzunehmen, merkt Christoph Hammer an, ehe er die Kultusministerin auffordert, ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken.